

Schuldrecht Allgemeiner Teil: Schuldrecht AT

Looschelders

21., neu bearbeitete Auflage 2023
ISBN 978-3-8006-7162-5
Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Looschelders | Schuldrecht Allgemeiner Teil


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Schuldrecht

Allgemeiner Teil

von

Dr. Dirk Looschelders

Professor an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

21., neu bearbeitete Auflage 2023

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verlag Franz Vahlen

Zitervorschlag: Looschelders SchuldR AT § Rn.

www.vahlen.de

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN Print 978 3 8006 7162 5

ISBN E-Book 978 3 8006 7163 3

© 2023 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau
Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 21. Auflage

Die Neuauflage bringt das Lehrbuch auf den Stand von Juli 2023. Da seit dem Erscheinen der Voraufgabe auf dem Gebiet des Allgemeinen Schuldrechts keine Gesetzesänderungen zu verzeichnen sind, steht die Einarbeitung der aktuellen Rechtsprechung und Literatur im Vordergrund. Im Übrigen wurde das gesamte Werk erneut gründlich durchgesehen.

Den Schwerpunkt der Darstellung bilden die Pflichten der Parteien eines Schuldverhältnisses und die Folgen von Pflichtverletzungen und sonstigen Störungen im Schuldverhältnis. Das wichtigste Ziel des Werkes besteht darin, den Studierenden die Systematik des Leistungsstörungsrechts klar und prägnant zu vermitteln. In Anbetracht der wachsenden Fülle des Stoffes bietet ein systematischer Ansatz die beste Grundlage, um sich in der Klausur oder Hausarbeit auch mit komplizierten Einzelfragen und unbekanntenen Problemen auseinanderzusetzen. Zahlreiche Beispiele mit kurzen Lösungshinweisen verdeutlichen, in welcher Form die erörterten Probleme bei der Fallbearbeitung relevant werden können.

Die Besonderheiten bei Verbraucherverträgen gewinnen immer größere Bedeutung und werden daher im siebten Teil des Werkes ausführlich dargestellt. In diesem Rahmen werden auch die neuen Regelungen zu Verträgen über digitale Produkte (§§ 327 ff.) behandelt.

Den Lesern der Voraufgabe habe ich wieder für zahlreiche wertvolle Hinweise und Anregungen zu danken. Zuschriften erreichen mich am besten unter der E-Mail-Adresse LS.Looschelders@hhu.de. Großer Dank gebührt schließlich meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die durch ihren Einsatz wieder die pünktliche Fertigstellung der Neuauflage ermöglicht haben.

Düsseldorf, im Juli 2023

Dirk Looschelders

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2003)

Das am 1.1.2002 in Kraft getretene Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts (SchuldRModG) vom 26.11.2001 (BGBl. 2001 I 3138) hat die Struktur des deutschen Schuldrechts grundlegend verändert. Das rasche Inkrafttreten des Gesetzes, dessen endgültige Fassung erst Ende September 2001 feststand, hat nicht nur die Praxis, sondern auch die Lehre vor große Herausforderungen gestellt. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Frage, wie sich das neue Recht didaktisch am besten vermitteln lässt.

Das vorliegende Werk beruht auf der Vorlesung zum Allgemeinen Schuldrecht, die ich im Wintersemester 2001/2002 an der Universität Düsseldorf gehalten habe. Da es sich (auch) an Studierende richtet, die nicht mit dem alten Recht vertraut sind, wurde auf eingehende Vergleiche bewusst verzichtet. Die frühere Rechtslage wird vielmehr nur insoweit behandelt, wie dies für das Verständnis des neuen Rechts unbedingt notwendig ist.

Das Buch enthält zahlreiche Beispiele, die überwiegend der Rechtsprechung entnommen worden sind. Dem Leser soll damit verdeutlicht werden, in welcher Form die erörterten Probleme bei der Fallbearbeitung relevant werden können. Die einschlägigen Entscheidungen sind zwar auf der Grundlage des alten Rechts ergangen. Die Lösungshinweise entsprechen aber selbstverständlich der aktuellen Rechtslage. Im Anhang finden sich außerdem sechs ausführlichere Fälle mit Lösungen. Hier soll vor allem gezeigt werden, dass der Aufbau von Klausuren zum neuen Leistungsstörungenrecht auf ein einheitliches Grundschema zurückgeführt werden kann.

Aufgrund der wachsenden Internationalisierung des Privatrechtsverkehrs wird der deutsche Jurist sich in Zukunft immer stärker mit ausländischem Recht beschäftigen müssen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die anderen EU-Staaten. Um dem Leser einen Eindruck von den damit verbundenen Anforderungen zu vermitteln, wurden an verschiedenen Stellen Hinweise zur Rechtsvergleichung aufgenommen. Diese Hinweise sollen zugleich die „Relativität“ mancher Problemlösung verdeutlichen, die uns auf der Grundlage des deutschen Rechts nachgerade selbstverständlich erscheint.

Bei der Konzeption und Abfassung des Werkes haben mich meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in vielfältiger Weise unterstützt. Mein besonderer Dank gilt meinen Assistentinnen und Assistenten Frau Assessorin Gabriele Kirchhoff, Frau Assessorin Ioana Kraft, Frau Referendarin Christina Paffenholz und Herrn Assessor Thomas B. Schäfer. Großer Dank gebührt aber auch den wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräften Frau Assessorin Meike Mues, Frau Referendarin Elke Benzenberg, Herrn Referendar Tobias Heilmann, Frau stud. iur. Christina Bruns und Frau stud. iur. Astrid Götz. Ganz besonders danken möchte ich schließlich meiner Sekretärin Frau Gabriele Krüger, die das Manuskript in allen Phasen seiner Entstehung umsichtig und zuverlässig betreut hat.

Düsseldorf, im September 2002

Dirk Looschelders

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 21. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2003)	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Schrifttum (Auswahl)	XXXV
1. Teil. Grundlagen	1
§ 1 Das Schuldverhältnis	1
§ 2 Die Rechtsquellen des Schuldrechts	15
§ 3 Die Vertragsfreiheit und ihre Grenzen	24
§ 4 Der Grundsatz von Treu und Glauben	29
2. Teil. Die Entstehung von Schuldverhältnissen	41
§ 5 Begründung durch Rechtsgeschäft (insbesondere Vertrag)	41
§ 6 Der Grundsatz der Abschlussfreiheit und seine Einschränkungen	51
§ 7 Der Grundsatz der Formfreiheit und seine Einschränkungen	55
§ 8 Vorvertragliche Schuldverhältnisse	61
§ 9 Einbeziehung Dritter in das Schuldverhältnis	67
§ 10 Gesetzliche Schuldverhältnisse	77
3. Teil. Der Inhalt des Schuldverhältnisses	81
§ 11 Bestimmung des Inhalts von Schuldverhältnissen	81
§ 12 Die Modalitäten der Leistung	88
§ 13 Typische Gegenstände der Leistungspflicht	98
§ 14 Der Inhalt einzelner Leistungspflichten	113
§ 15 Verknüpfung von Leistungspflichten	118
§ 16 Gestaltung rechtsgeschäftlicher Schuldverhältnisse durch AGB	126
4. Teil. Das Erlöschen der Leistungspflicht	137
§ 17 Erfüllung	137
§ 18 Die Aufrechnung	149
§ 19 Sonstige Fälle des Erlöschens der Leistungspflicht	155
5. Teil. Störungen im Schuldverhältnis	161
1. Abschnitt. Grundlagen	161
§ 20 Entwicklung und Systematik des Leistungsstörungenrechts	161
§ 21 Unmöglichkeit als Ausschlussgrund für die primäre Leistungspflicht	168
§ 22 Die Pflichtverletzung	183
§ 23 Die Verantwortlichkeit des Schuldners	191
2. Abschnitt. Der Anspruch auf Schadensersatz	208
§ 24 Systematik, allgemeine Voraussetzungen und Abgrenzungen	208
§ 25 Einfacher Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	218
§ 26 Ersatz des Verzögerungsschadens	224
§ 27 Schadensersatz statt der Leistung wegen Pflichtverletzung	233
§ 28 Schadensersatz statt der Leistung wegen anfänglicher Unmöglichkeit (§ 311a II)	252
§ 29 Berechnung des Schadensersatzes statt der Leistung bei gegenseitigen Verträgen	258
§ 30 Ersatz vergeblicher Aufwendungen (§ 284)	261
§ 31 Der Anspruch auf Herausgabe des Ersatzes (§ 285)	264
3. Abschnitt. Rücktritt und Wegfall der Gegenleistungspflicht	267
§ 32 Allgemeines	267
§ 33 Verzögerung der Leistung und nicht vertragsgemäße Leistung	271

§ 34 Schutzpflichtverletzung	278
§ 35 Unmöglichkeit	279
4. Abschnitt. Die sonstigen Fälle der Leistungsstörung	288
§ 36 Gläubigerverzug	288
§ 37 Störung der Geschäftsgrundlage	294
§ 38 Vertragsstrafe	306
6. Teil. Auflösung und Rückabwicklung von Schuldverhältnissen	313
§ 39 Aufhebungsvertrag und Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	313
§ 40 Rücktritt vom Vertrag	319
7. Teil. Besonderheiten bei Verbraucherverträgen	333
§ 41 Grundlagen des Verbraucherschutzes	333
§ 42 Besondere Vertriebsformen, Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr und Verträge über digitale Produkte	352
8. Teil. Schadensrecht	383
§ 43 Grundgedanken und Funktion des Schadensrechts	383
§ 44 Begriff und Arten des Schadens	386
§ 45 Verursachung und Zurechnung des Schadens	389
§ 46 Ersatzberechtigte Personen	407
§ 47 Art und Umfang des Schadensersatzes	413
§ 48 Der Ersatz immaterieller Schäden	422
§ 49 Grenzfälle	428
§ 50 Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten	441
9. Teil. Stellung der Beteiligten im Mehrpersonenverhältnis	455
§ 51 Der Vertrag zugunsten Dritter	455
§ 52 Der Austausch des Gläubigers	466
§ 53 Der Austausch des Schuldners	489
§ 54 Mehrheiten von Gläubigern und Schuldern	496
Anhang I: Das Leistungsstörungenrecht in der Fallbearbeitung	511
A. Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	511
B. Schadensersatz wegen anfänglicher Unmöglichkeit	516
C. Leistungs- und Gegenleistungspflicht	518
D. Rücktritt	520
Anhang II: Rückabwicklung nach Widerruf gem. § 312g I	523
Paragrafenregister	527
Sachverzeichnis	537
Entscheidungsregister	549

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 21. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2003)	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Schrifttum (Auswahl)	XXXV
1. Teil. Grundlagen	1
§ 1 Das Schuldverhältnis	1
I. Das Schuldverhältnis als Gegenstand des Schuldrechts	1
1. Der Begriff des Schuldverhältnisses	1
2. Die Funktion des Schuldrechts	2
II. Das Schuldverhältnis im engeren und weiteren Sinne	2
III. Die Pflichten aus dem Schuldverhältnis	4
1. Leistungspflichten	4
a) Hauptleistungspflichten und Nebenleistungspflichten	4
b) Primäre und sekundäre Leistungspflichten	5
c) Leistungshandlung und Leistungserfolg	6
d) Möglicher Inhalt der Leistungspflicht	7
2. Schutzpflichten	7
a) Gesetzliche Regelung	7
b) Verhältnis zu den deliktischen Verkehrspflichten	8
c) Konkurrenzen	9
3. Bedeutung der Unterscheidung von Leistungs- und Schutzpflichten	10
IV. Obliegenheiten	11
V. Unvollkommene Verbindlichkeiten (Naturalobligationen)	12
VI. Schuldrechtliche Pflichten und dingliche Rechtslage	12
VII. Die Relativität schuldrechtlicher Rechte und Pflichten	13
1. Grundsatz	13
2. Durchbrechungen	13
VIII. Die Haftung des Schuldners für seine Verbindlichkeit	14
§ 2 Die Rechtsquellen des Schuldrechts	15
I. Das Zweite Buch des BGB	15
1. Allgemeiner und Besonderer Teil des Schuldrechts	15
2. Der Aufbau des Allgemeinen Schuldrechts	16
II. Schuldrechtliche Regelungen in anderen Büchern des BGB	16
III. Schuldrechtliche Regelungen in anderen Gesetzen	17
IV. Die Reform des deutschen Schuldrechts durch das SchuldRMoDG	18
V. Der Einfluss des Grundgesetzes auf das Schuldrecht	18
VI. Der Einfluss des EU-Rechts auf das Schuldrecht	19
1. EU-Richtlinien als Grundlagen des deutschen Schuldrechts	19
2. Die Bedeutung der europäischen Grundfreiheiten	20
3. Die Grundrechte-Charta der EU	21
4. Aktuelle Entwicklungen	21
a) Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens	21
b) Vorschlag für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht	21
c) Digitale-Inhalte-RL und Warenkauf-RL	22
VII. Internationale Vereinheitlichung des Schuldrechts	23
1. UN-Kaufrecht	23
2. UNIDROIT Principles	23
§ 3 Die Vertragsfreiheit und ihre Grenzen	24
I. Grundgedanken und Elemente der Vertragsfreiheit	24

II. Vertragsfreiheit und Vertragsgerechtigkeit	25
III. Das Problem der gestörten Verhandlungsparität	26
1. Allgemeines	26
2. Fallgruppen	27
a) Gesetzliche Typisierungen von Ungleichgewichtslagen	27
b) Störung der Verhandlungsparität im Einzelfall	27
IV. Schutz vor Diskriminierungen nach dem AGG	28
§ 4 Der Grundsatz von Treu und Glauben	29
I. Funktion und Bedeutung des § 242	29
II. Allgemeine Grundsätze der Anwendung des § 242	31
1. Anwendungsbereich des § 242	31
2. Die maßgeblichen Interessenwertungskriterien	32
a) Treu und Glauben	32
b) Verkehrssitte	33
III. Abgrenzungen	33
1. Treu und Glauben und Verkehrssitte in § 157	33
2. Gesetzliche Konkretisierungen des § 242	34
3. Sittenwidrigkeit und Schikane	34
IV. Fallgruppen des § 242	34
1. Konkretisierungs- und Ergänzungsfunktion	35
2. Schrankenfunktion	36
a) Fehlendes schutzwürdiges Eigeninteresse	36
b) Unverhältnismäßigkeit	36
c) Unzumutbarkeit aus persönlichen Gründen	37
d) Unredlicher Rechtservorb und Zugangsvereitelung	37
e) Widersprüchliches Verhalten	38
f) Verwirkung	39
3. Kontroll- und Korrekturfunktion	39
2. Teil. Die Entstehung von Schuldverhältnissen	41
§ 5 Begründung durch Rechtsgeschäft (insbesondere Vertrag)	41
I. Allgemeines	41
II. Schuldvertrag und Gefälligkeitsverhältnis	42
1. Abgrenzung	42
2. Rechtspflichten im Rahmen von Gefälligkeitsverhältnissen	43
a) Das Fehlen von Leistungspflichten	43
b) Schutzpflichten	43
c) Haftungsmilderungen im Deliktsrecht	44
III. Rechtliche Folgen der Erbringung unbestellter Leistungen	46
1. Normzweck und systematische Stellung des § 241a	46
2. Voraussetzungen	47
3. Rechtsfolgen	48
a) Ausschluss vertraglicher Ansprüche	48
b) Auswirkungen auf gesetzliche Ansprüche	48
IV. Die Draufgabe	49
1. Funktion	49
2. Abgrenzungen	50
§ 6 Der Grundsatz der Abschlussfreiheit und seine Einschränkungen	51
I. Positive Abschlussfreiheit und Abschlussverbote	51
II. Negative Abschlussfreiheit und Kontrahierungszwang	51
1. Gesetzlicher Kontrahierungszwang	51
2. Allgemeiner Kontrahierungszwang aus § 826	52
a) Grundlagen	52
b) Versorgung mit notwendigen Gütern und Dienstleistungen	53
c) Verstoß gegen Diskriminierungsverbote	54
3. Kontrahierungszwang nach dem AGG	54
§ 7 Der Grundsatz der Formfreiheit und seine Einschränkungen	55
I. Allgemeines	55
II. Verpflichtung zur Übertragung oder zum Erwerb eines Grundstücks	56

1. Schutzzweck	56
2. Anwendungsbereich des § 311 b I	56
3. Umfang des Formzwangs und Rechtsfolgen des Formfehlers	57
4. Divergenzfälle	58
a) Irrtümliche Falschbezeichnung	58
b) Bewusste Divergenz von Wille und Erklärung	58
5. Heilung des Formmangels	59
III. Verträge über das gegenwärtige Vermögen	59
IV. Vertrag über den künftigen gesetzlichen Erbteil oder Pflichtteil	60
§ 8 Vorvertragliche Schuldverhältnisse	61
I. Entwicklung der Lehre vom Verschulden bei Vertragsverhandlungen	61
II. Die Kodifikation der culpa in contrahendo durch das SchuldRMdG	61
III. Entstehung des vorvertraglichen Schuldverhältnisses	62
1. Aufnahme von Vertragsverhandlungen	62
2. Vertragsanbahnung	62
3. Ähnliche geschäftliche Kontakte	63
IV. Inhalt des vorvertraglichen Schuldverhältnisses	63
1. Schutz der Rechte und Rechtsgüter	63
2. Schutz des Vermögens	64
a) Nichtzustandekommen eines günstigen Vertrages	64
b) Zustandekommen eines ungünstigen Vertrages	65
§ 9 Einbeziehung Dritter in das Schuldverhältnis	67
I. Schuldverhältnis mit Schutzwirkung für Dritte	67
1. Problemstellung	67
2. Dogmatische Einordnung	68
3. Voraussetzungen für die Einbeziehung Dritter in den Schutzbereich	69
a) Bestimmungsgemäße Leistungsnähe des Dritten	69
b) Berechtigtes Interesse des Gläubigers an der Einbeziehung des Dritten	70
c) Erkennbarkeit und Zumutbarkeit	71
d) Schutzbedürftigkeit des Dritten	71
4. Rechtsfolgen	72
II. Haftung Dritter nach vertraglichen Grundsätzen	73
1. Voraussetzungen der Dritthaftung	74
2. Fallgruppen	74
a) Haftung von Vertretern und Verhandlungsgehilfen	74
b) Haftung von Sachverständigen und anderen Experten	75
c) Verhältnis zur Haftung des Verkäufers	76
§ 10 Gesetzliche Schuldverhältnisse	77
I. Allgemeines	77
II. Die einzelnen gesetzlichen Schuldverhältnisse im Überblick	77
1. Besonderes Schuldrecht	77
a) Geschäftsführung ohne Auftrag	77
b) Ungerechtfertigte Bereicherung	78
c) Unerlaubte Handlungen	78
2. Gesetzliche Schuldverhältnisse außerhalb des Schuldrechts	79
3. Teil. Der Inhalt des Schuldverhältnisses	81
§ 11 Bestimmung des Inhalts von Schuldverhältnissen	81
I. Parteivereinbarung	81
1. Die Gestaltungs- und Abänderungsfreiheit der Parteien	81
2. Schranken der privatautonomen Inhaltsbestimmung	81
a) Generelle Grenzen	81
b) Verträge über das künftige Vermögen	82
c) Verträge über den Nachlass eines noch lebenden Dritten	82
d) Sonstige Schranken der Inhaltsfreiheit	83
II. Bestimmung der Leistung durch eine Partei oder einen Dritten	83
1. Leistungsbestimmung durch eine Partei	84
a) Der Maßstab des billigen Ermessens	84
b) Ausübung des Bestimmungsrechts	85

c) Bestimmung der Gegenleistung	85
d) Spezifikationskauf im Handelsrecht	85
2. Leistungsbestimmung durch einen Dritten	86
a) Maßstab und gerichtliche Kontrolle	86
b) Anfechtung der Bestimmung	87
c) Bestimmung durch mehrere Dritte	87
d) Schiedsgutachtenvertrag und Schiedsvereinbarung	87
III. Dispositives Recht	88
§ 12 Die Modalitäten der Leistung	88
I. Art und Weise der Leistung	88
1. Teilleistung	88
a) Die Regelung des § 266	89
b) Rechtsfolgen	89
2. Leistung durch Dritte	89
a) Persönliche Leistungspflicht	89
b) Voraussetzungen des § 267	90
c) Rechtsfolgen	91
3. Ablösungsrecht des Dritten	91
II. Leistungsort	92
1. Begriff und Bedeutung	92
2. Arten der Schuld	93
3. Die Bestimmung des Leistungsortes	93
4. Sonderregelung für Geldschulden	94
III. Leistungszeit	95
1. Begriffe	95
2. Die Bestimmung der Leistungszeit	96
3. Vereinbarungen über Zahlungs-, Überprüfungs- und Abnahmefristen	97
§ 13 Typische Gegenstände der Leistungspflicht	98
I. Überblick	98
II. Die Gattungsschuld	98
1. Allgemeines	98
2. Das Auswahlrecht des Schuldners	100
3. Die Beschaffungspflicht des Schuldners	100
a) Unbeschränkte (marktbezogene) Gattungsschuld	100
b) Beschränkte Gattungsschuld (Vorratsschuld)	100
4. Konkretisierung	101
a) Voraussetzungen	101
b) Rechtsfolgen	102
c) Bindungswirkung der Konkretisierung	103
III. Wahlschuld und ähnliche Institute	104
1. Wahlschuld	104
a) Praktische Bedeutung	104
b) Das Wahlrecht und seine Ausübung	105
c) Verzögerte Ausübung des Wahlrechts	105
d) Unmöglichkeit	105
2. Ersetzungsbefugnis	106
a) Allgemeines	106
b) Ersetzungsbefugnis im Autohandel	106
c) Bindungswirkung der Ersetzungserklärung	107
3. Elektive Konkurrenz	108
IV. Geldschuld	108
1. Allgemeines	108
2. Erfüllung von Geldschulden	109
3. Besondere Arten der Geldschuld	110
a) Fremdwährungsschuld	110
b) Geldsortenschuld	110
4. Zinsen	111
a) Begriff	111
b) Entstehungsgründe	111

c) Höhe des Zinssatzes	111
d) Verbot des Zinseszinses	112
§ 14 Der Inhalt einzelner Leistungspflichten	113
I. Aufwendungsersatz	113
1. Der Begriff der Aufwendung	113
2. Allgemeine Regeln	115
II. Wegnahmerecht	115
III. Auskunfts- und Rechenschaftspflicht	116
1. Grundsätze der Auskunftsspflicht	116
2. Sonderfälle der Auskunftsspflicht	117
a) Pflicht zur Rechenschaft	117
b) Pflicht zur Vorlage eines Bestandsverzeichnisses	117
§ 15 Verknüpfung von Leistungspflichten	118
I. Das allgemeine Zurückbehaltungsrecht (§§ 273, 274)	118
1. Grundlagen	118
2. Voraussetzungen des Zurückbehaltungsrechts nach § 273 I	119
a) Gegenseitige Ansprüche	119
b) Konnexität der Ansprüche	119
c) Durchsetzbarkeit und Fälligkeit des Gegenanspruchs	119
d) Kein Ausschluss des Zurückbehaltungsrechts	119
3. Sonderfälle	120
a) Das Zurückbehaltungsrecht nach § 273 II	120
b) Das kaufmännische Zurückbehaltungsrecht (§§ 369 ff. HGB)	121
c) Das Zurückbehaltungsrecht des Besitzers gegenüber dem Eigentümer	121
d) Leistungsverweigerungsrecht aufgrund der Corona-Krise	122
II. Die Einrede des nicht erfüllten Vertrages (§§ 320–322)	123
1. Grundgedanken	123
2. Voraussetzungen des Leistungsverweigerungsrechts	124
3. Rechtsfolgen	125
4. Unsicherheitseinrede bei Vorleistungspflicht (§ 321)	125
§ 16 Gestaltung rechtsgeschäftlicher Schuldverhältnisse durch AGB	126
I. Einführung	126
II. Anwendungsbereich der §§ 305 ff.	127
III. Begriffsbestimmung	128
IV. Einbeziehungskontrolle	129
1. Allgemeine Grundsätze	129
2. Rücksichtnahme auf körperliche Behinderungen	129
3. Besonderheiten bei Verwendung von AGB gegenüber Unternehmern	130
V. Überraschende und mehrdeutige Klauseln (§ 305 c)	131
VI. Rechtsfolgen der Nichteinbeziehung oder Unwirksamkeit	131
VII. Auslegung und Inhaltskontrolle	132
1. Überblick	132
2. Die Inhaltskontrolle nach § 307 I und II	133
a) Die Generalklausel des § 307 I 1	133
b) Das Transparenzgebot des § 307 I 2	133
c) Die Regelbeispiele des § 307 II	134
3. Die speziellen Klauselverbote (§§ 308, 309)	134
4. Rechtsfolgen	135
4. Teil. Das Erlöschen der Leistungspflicht	137
§ 17 Erfüllung	137
I. Begriff	137
II. Person des Leistenden	137
III. Empfänger der Leistung	137
IV. Wirkung der Erfüllung	139
1. Erlöschen des Schuldverhältnisses	139
2. Beweislastumkehr	139
3. Quittung und Schuldschein	139
4. Tilgungsreihenfolge	140

a) Tilgungsbestimmung durch den Schuldner	140
b) Gesetzliche Tilgungsreihenfolge	140
c) Anrechnung auf Zinsen und Kosten	141
V. Rechtsnatur der Erfüllung	141
1. Streitstand	142
2. Stellungnahme	143
VI. Leistung an Erfüllungs statt	144
1. Rechtsnatur	144
2. Insbesondere: Überweisung und Lastschrift	145
3. Abgrenzung zur Leistung erfüllungshalber	146
4. Gewährleistung	148
§ 18 Die Aufrechnung	149
I. Allgemeines	149
II. Voraussetzungen	150
1. Aufrechnungslage	150
a) Gegenseitigkeit der Forderungen	150
b) Gleichartigkeit der Forderungen	150
c) Durchsetzbarkeit der Gegenforderung	151
d) Wirksamkeit und Erfüllbarkeit der Hauptforderung	151
2. Aufrechnungserklärung	152
3. Kein Ausschluss der Aufrechnung	152
a) Vertraglicher Ausschluss der Aufrechnung	152
b) Ausschluss der Aufrechnung durch Gesetz	153
III. Wirkung der Aufrechnung	154
IV. Mehrheit von Forderungen	154
§ 19 Sonstige Fälle des Erlöschens der Leistungspflicht	155
I. Hinterlegung und Selbsthilfeverkauf	155
1. Voraussetzungen der Hinterlegung	155
a) Hinterlegungsgründe	155
b) Hinterlegungsfähigkeit des geschuldeten Gegenstandes	156
2. Rücknahmerecht des Schuldners und Wirkung der Hinterlegung	156
3. Selbsthilfeverkauf	157
II. Erlass und negatives Schuldanerkenntnis	158
III. Novation und Confusion	158
5. Teil. Störungen im Schuldverhältnis	161
1. Abschnitt. Grundlagen	161
§ 20 Entwicklung und Systematik des Leistungsstörungsrechts	161
I. Begriff der Leistungsstörung und Ursachen	161
II. Erscheinungsformen	161
1. Verletzung von Leistungspflichten	162
a) Nichtleistung	162
b) Schlechtleistung	162
2. Verletzung von Schutzpflichten	163
III. Das Leistungsstörungsrecht vor der Reform	163
IV. Das System des geltenden Leistungsstörungsrechts	164
1. Das Konzept der Pflichtverletzung	164
2. Die Grenzen des Konzepts	164
a) Auswirkungen der Unmöglichkeit auf die primäre Leistungspflicht	164
b) Das System der Schadensersatzansprüche	165
c) Das System der Rücktrittsrechte	166
V. Fazit: Das geltende Leistungsstörungsrecht als „Mischsystem“	166
§ 21 Unmöglichkeit als Ausschlussgrund für die primäre Leistungspflicht	168
I. Überblick	168
II. Echte Unmöglichkeit	168
1. Naturgesetzliche (physische) Unmöglichkeit	168
a) Allgemeines	168
b) Zweckerreichung und Zweckfortfall	169
c) Zweckstörung	170

2. Rechtliche Unmöglichkeit	170
3. Besonderheiten bei Gattungs- und Geldschulden	171
4. Objektive und subjektive Unmöglichkeit	171
5. Anfängliche und nachträgliche Unmöglichkeit	171
6. Vollständige und teilweise Unmöglichkeit	172
7. Vorübergehende Unmöglichkeit	172
8. Irrelevanz des Vertretenmüssens	174
III. Grobes Missverhältnis von Aufwand und Leistungsinteresse	174
1. Begriff	174
2. Konkretisierung des „groben Missverhältnisses“	176
3. Besonderheiten bei Gattungsschulden	178
4. Abgrenzung zur Äquivalenzstörung	178
IV. Persönliche Unzumutbarkeit	179
1. Voraussetzungen	179
2. Leistungsverweigerung aus Gewissensgründen	180
V. Rechtsfolgen	181
§ 22 Die Pflichtverletzung	183
I. Begriff der Pflichtverletzung	183
II. Verzögerung der Leistung	183
1. Wirksamkeit, Fälligkeit und Durchsetzbarkeit des Anspruchs	184
2. Nicht oder nicht rechtzeitige Erbringung der Leistung	185
III. Schlechtleistung	186
1. Allgemeines	186
2. Insbesondere: Gewährleistung für Sach- und Rechtsmängel	186
a) Die mangelhafte Leistung als Fall der Schlechtleistung	186
b) Sach- und Rechtsmängel im Kaufrecht	187
c) Die Rechte des Käufers	188
d) Besonderheiten bei der Verjährung	189
IV. Schutzpflichtverletzung	189
V. Unmöglichkeit	189
1. Der Streit über den Inhalt der Pflichtverletzung	190
2. Würdigung	190
3. Irrelevanz der Pflichtverletzung bei § 326	190
§ 23 Die Verantwortlichkeit des Schuldners	191
I. Haftung für eigenes Verschulden	191
1. Vorsatz	192
2. Fahrlässigkeit	192
a) Allgemeines	192
b) Der Maßstab der Fahrlässigkeit	193
3. Verantwortungsfähigkeit	194
II. Einschränkungen des Sorgfaltsmaßstabs	195
1. Vertrag	195
2. Gesetz	196
3. Haftungsmilderung aus dem sonstigen Inhalt des Schuldverhältnisses	198
III. Haftung ohne Verschulden	198
1. Übernahme einer Garantie	199
2. Übernahme eines Beschaffungsrisikos	200
a) Anwendungsbereich	200
b) Reichweite des Beschaffungsrisikos	201
3. Geldschulden	201
IV. Die Haftung für Erfüllungsgehilfen und gesetzliche Vertreter	202
1. Allgemeines	202
a) Struktur des § 278	202
b) Begriff des Erfüllungsgehilfen	202
c) Begriff des gesetzlichen Vertreters	203
2. Voraussetzungen der Haftung für Dritte nach § 278	204
a) Schuldverhältnis	204
b) Handeln in Erfüllung der Verbindlichkeit	204
3. Rechtsfolgen	205

V. Exkurs: Die Haftung für Dritte im außervertraglichen Bereich	206
2. Abschnitt. Der Anspruch auf Schadensersatz	208
§ 24 Systematik, allgemeine Voraussetzungen und Abgrenzungen	208
I. Systematik	208
II. Voraussetzungen des Schadensersatzanspruchs nach § 280 I	210
1. Schuldverhältnis	210
2. Pflichtverletzung	211
3. Vertretenmüssen	212
a) Dogmatische Einordnung und Verteilung der Beweislast	212
b) Abgrenzung zur Pflichtverletzung	212
c) Bezugspunkt des Vertretenmüssens	213
4. Schaden	213
III. Abgrenzung der Arten des Schadensersatzes	214
1. Ausgangspunkt	214
2. Konkretisierungen	214
a) Schadensphänomenologische Betrachtung	215
b) Zeitabhängige Betrachtung	215
c) Würdigung	215
3. Insbesondere: Kosten eines verfrühten Deckungskaufs	216
§ 25 Einfacher Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	218
I. Anwendungsbereich	218
II. Fallgruppen	218
1. Verletzung von Schutzpflichten	218
a) Schutzpflichtverletzungen im Rahmen von Verträgen (§ 311 I)	218
b) Rechtsgeschäftsähnliche Schuldverhältnisse	219
2. Schlechtleistung	219
a) Allgemeines	219
b) Einzelfälle	220
c) Einordnung des Nutzungsausfallschadens bis zur Nacherfüllung	222
3. Nichtleistung trotz Möglichkeit und Unmöglichkeit	223
III. Rechtsfolgen	223
§ 26 Ersatz des Verzögerungsschadens	224
I. Schuldnerverzug	224
II. Allgemeine Voraussetzungen	225
1. Nichtleistung trotz Fälligkeit und Durchsetzbarkeit des Anspruchs	225
2. Mahnung	225
3. Vertretenmüssen	226
III. Entbehrlichkeit der Mahnung (§ 286 II)	227
1. Leistungszeit nach dem Kalender	227
2. Kalendermäßige Berechenbarkeit der Leistungszeit ab einem Ereignis	228
3. Ernsthafte und endgültige Leistungsverweigerung	228
4. Sofortiger Verzug aus besonderen Gründen	229
5. Vertraglicher Ausschluss der Mahnung	229
IV. Sonderregelung für Entgeltforderungen (§ 286 III, V)	229
V. Rechtsfolgen des Schuldnerverzugs	231
1. Ersatz des Verzögerungsschadens	231
2. Weitere Rechtsfolgen	231
a) Verschärfung der Verantwortlichkeit des Schuldners	231
b) Verpflichtung zur Zahlung von Verzugszinsen	232
§ 27 Schadensersatz statt der Leistung wegen Pflichtverletzung	233
I. Verzögerung der Leistung und Schlechtleistung (§§ 280 I, III, 281)	234
1. Allgemeines	234
2. Schuldverhältnis	234
3. Pflichtverletzung	235
a) Nichtleistung (Verzögerung)	235
b) Leistung nicht wie geschuldet (Schlechtleistung)	235
c) Abgrenzungsprobleme	236
4. Notwendigkeit der Fristsetzung	236
a) Inhalt der Fristsetzung	236

b) Zeitpunkt der Fristsetzung	237
c) Angemessenheit der Frist	237
5. Entbehrlichkeit der Fristsetzung	239
a) Ernsthafte und endgültige Leistungsverweigerung	239
b) Besondere Gründe	240
c) Sonderregeln im Kauf- und Werkvertragsrecht	241
6. Abmahnung statt Fristsetzung	241
7. Vertretenmüssen	241
8. Schaden	242
9. Rechtsfolgen	243
a) Das Verhältnis von Erfüllungs- und Schadensersatzanspruch	243
b) Schadensersatz statt der ganzen Leistung bei Teilleistung	244
c) Schadensersatz statt der ganzen Leistung bei Schlechtleistung	244
d) Berechnung des kleinen Schadensersatzes statt der Leistung	245
e) Zuwenigleistung im Kaufrecht und Werkvertragsrecht	246
f) Rückforderung erbrachter (Teil-)Leistungen	247
II. Schutzpflichtverletzung (§§ 280 I, III, 282)	247
1. Allgemeines	247
2. Grundelemente der Haftung	248
3. Das Kriterium der Unzumutbarkeit	248
4. Verhältnis zum Erfüllungsanspruch	249
III. Nachträgliche Unmöglichkeit (§§ 280 I, III, 283)	250
1. Allgemeines	250
2. Grundelemente der Haftung	250
3. Funktion des § 283 S. 1	250
4. Schadensersatz statt der ganzen Leistung (§ 283 S. 2)	251
a) Teilweise Unmöglichkeit	251
b) Irreparable Schlechtleistung	251
c) Rückforderung des Geleisteten	252
§ 28 Schadensersatz statt der Leistung wegen anfänglicher Unmöglichkeit (§ 311a II)	252
I. Allgemeines	252
II. Voraussetzungen	253
1. Wirksamer Vertrag	253
2. Nichtleistung aufgrund anfänglicher Unmöglichkeit	255
3. Vertretenmüssen	256
4. Schaden	257
III. Rechtsfolgen	257
1. Schadensersatz statt der Leistung	257
2. Schadensersatz statt der ganzen Leistung	257
3. Haftung auf das Vertrauensinteresse bei fehlendem Vertretenmüssen	258
§ 29 Berechnung des Schadensersatzes statt der Leistung bei gegenseitigen Verträgen	258
I. Differenz- und Surrogationstheorie	258
II. Der praktische Vorrang der Differenztheorie	259
III. Wahlrecht zugunsten der Surrogationstheorie	260
§ 30 Ersatz vergeblicher Aufwendungen (§ 284)	261
I. Problemstellung	261
1. Verträge mit wirtschaftlicher Zielsetzung	261
2. Verträge zur Verwirklichung immaterieller Zwecke	261
II. Voraussetzungen des Anspruchs auf Aufwendungsersatz	262
1. Allgemeine Voraussetzungen	262
2. Aufwendungen im Vertrauen auf den Erhalt der Leistung	263
3. Zweckverfehlung infolge der Pflichtverletzung	263
III. Verhältnis zum Anspruch auf Schadensersatz statt der Leistung	263
§ 31 Der Anspruch auf Herausgabe des Ersatzes (§ 285)	264
I. Voraussetzungen	264
1. Schuldverhältnis	264
2. Ausschluss der Leistungspflicht nach § 275	265
3. Erlangung eines Surrogats	265
4. Identität von geschuldetem und ersetztem Gegenstand	266

II. Rechtsfolgen	266
III. Konkurrenzen	266
3. Abschnitt. Rücktritt und Wegfall der Gegenleistungspflicht	267
§ 32 Allgemeines	267
I. Überblick	267
II. Parallele Grundstruktur mit Schadensersatz statt der Leistung	268
III. Verzicht auf das Vertretenmüssen	270
IV. Rücktritt und Schadensersatz	270
§ 33 Verzögerung der Leistung und nicht vertragsgemäße Leistung	271
I. Anwendungsbereich	271
II. Notwendigkeit der Fristsetzung	272
III. Entbehrlichkeit der Fristsetzung	272
IV. Rücktritt vor Eintritt der Fälligkeit	275
V. Rücktritt bei Teilleistung und Schlechtleistung	275
VI. Ausschluss des Rücktritts (§ 323 VI)	277
1. Verantwortlichkeit des Gläubigers für den Rücktrittsgrund	277
2. Annahmeverzug	277
VII. Rechtsfolgen	277
§ 34 Schutzpflichtverletzung	278
I. Voraussetzungen	278
II. Mitverantwortlichkeit des Gläubigers	279
§ 35 Unmöglichkeit	279
I. Anwendungsbereich	279
II. Wegfall der Gegenleistungspflicht (§ 326 I)	280
1. Grundsatz	280
2. Teilweise Unmöglichkeit	280
3. Irreparable Schlechtleistung (qualitative Unmöglichkeit)	280
4. Abgrenzung	281
III. Ausnahmen vom Wegfall der Gegenleistungspflicht (§ 326 II)	281
1. Verantwortlichkeit des Gläubigers für die Unmöglichkeit	281
a) Allgemeines	281
b) Verantwortlichkeit des Gläubigers bei anfänglicher Unmöglichkeit	282
c) Von beiden Seiten zu vertretende Unmöglichkeit	282
2. Annahmeverzug	284
3. Rechtsfolgen	284
4. Exkurs: Weitere Ausnahmen vom Wegfall der Gegenleistungspflicht	284
IV. Besonderheiten bei Geltendmachung des Ersatzes (§ 326 III)	285
V. Rückforderung der schon erbrachten Gegenleistung (§ 326 IV)	286
VI. Rücktritt	286
1. Irreparable Schlechtleistung	286
2. Teilweise Unmöglichkeit	287
3. Nicht synallagmatische verknüpfte Leistungspflichten	287
4. Bedeutung des Rücktrittsrechts in den sonstigen Fällen	287
4. Abschnitt. Die sonstigen Fälle der Leistungsstörung	288
§ 36 Gläubigerverzug	288
I. Allgemeines	288
II. Voraussetzungen des Gläubigerverzugs	289
1. Erfüllbarkeit der (möglichen) Leistung	289
2. Ordnungsgemäßes Angebot	289
a) Notwendigkeit des Angebots	289
b) Entbehrlichkeit des Angebots	290
3. Nichtannahme der Leistung	290
III. Rechtsfolgen des Gläubigerverzugs	291
1. Fortbestand der Leistungspflicht	291
2. Haftungserleichterung für den Schuldner	291
3. Übergang der Leistungsgefahr bei Gattungs- und Geldschulden	292
4. Übergang der Preisgefahr und Ausschluss des Rücktrittsrechts	293
5. Sonstige Rechtsfolgen	293

§ 37 Störung der Geschäftsgrundlage	294
I. Einführung	294
II. Anwendungsbereich	295
1. Vorrang vertraglicher Vereinbarungen	295
2. Vorrang speziellerer gesetzlicher Regelungen	296
III. Voraussetzungen	297
1. Vorliegen einer Geschäftsgrundlage	297
2. Schwere Änderung der Umstände oder wesentlicher Irrtum	298
3. Relevanz des Umstands für den Vertragsschluss	300
4. Unzumutbarkeit des Festhaltens am unveränderten Vertrag	300
IV. Rechtsfolgen	301
1. Primär: „Anpassung des Vertrages“	301
2. Rücktritts- bzw. Kündigungsrecht	302
V. Fallgruppen	303
1. Nachträgliche Änderung der Verhältnisse	303
a) Äquivalenzstörung	303
b) Zweckstörung oder Zweckvereitelung	304
2. Gemeinsame Fehlvorstellungen	305
§ 38 Vertragsstrafe	306
I. Funktion der Vertragsstrafe und systematische Stellung der Regelung	306
II. Struktur des unselbstständigen („echten“) Strafversprechens	306
III. Abgrenzungen	307
1. Selbstständiges („unechtes“) Strafversprechen	307
2. Pauschalierung von Schadensersatzansprüchen	307
IV. Voraussetzungen des Anspruchs auf Entrichtung der Vertragsstrafe	308
1. Wirksames Strafversprechen	308
2. Verletzung der (bestehenden) gesicherten Hauptpflicht	309
3. Eigene Vertragstreue des Gläubigers	310
V. Verhältnis zum Erfüllungsanspruch	310
VI. Verhältnis zum Schadensersatzanspruch	310
VII. Höhe der Vertragsstrafe und richterliche Kontrolle	311
6. Teil. Auflösung und Rückabwicklung von Schuldverhältnissen	313
§ 39 Aufhebungsvertrag und Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	313
I. Vertragliche Aufhebung von Schuldverhältnissen	313
II. Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	314
1. Problemstellung	314
2. Wichtiger Grund	316
3. Fristsetzung zur Abhilfe oder Abmahnung	317
4. Ausübung des Kündigungsrechts und Rechtsfolgen der Kündigung	318
5. Konkurrenzen	318
§ 40 Rücktritt vom Vertrag	319
I. Allgemeines	319
1. Voraussetzungen des Rücktritts	319
2. Ausübung des Rücktrittsrechts	320
3. Wirkungen des Rücktritts	320
4. Sonderregeln	321
5. Auswirkungen der Schuldrechtsreform	321
II. Rückgewähr der empfangenen Leistungen und Wertersatzpflicht	321
1. Rückgewähr in natura	321
2. Wertersatz	322
a) Ausschluss der Rückgewähr nach der Natur des Erlangten	322
b) Verbrauch, Veräußerung, Belastung, Verarbeitung, Umgestaltung	322
c) Verschlechterung oder Untergang	322
d) Berechnung des Wertersatzes	323
3. Ausschluss des Anspruchs auf Wertersatz	324
a) Entdeckung des Mangels bei der Verarbeitung oder Umgestaltung	324
b) Verantwortlichkeit des Gläubigers für den Schaden	325
c) Privilegierung des Berechtigten bei gesetzlichen Rücktrittsrechten	325

III. Nutzungen und Verwendungen	327
1. Herausgabe und Ersatz von Nutzungen	327
2. Ersatz von Verwendungen	328
a) Notwendige Verwendungen	328
b) Andere Aufwendungen	328
IV. Der Anspruch auf Schadensersatz	329
1. Problemstellung	329
2. Untergang oder Verschlechterung nach Rücktrittserklärung	329
3. Untergang oder Verschlechterung vor Rücktrittserklärung	330
a) Vertragliches Rücktrittsrecht	330
b) Gesetzliches Rücktrittsrecht	330
7. Teil. Besonderheiten bei Verbraucherverträgen	333
§ 41 Grundlagen des Verbraucherschutzes	333
I. Grundgedanken und Systematik	333
II. Der Begriff des Verbrauchervertrags	335
III. Anwendungsbereich der §§ 312 ff.	336
1. Verpflichtung des Verbrauchers zur Zahlung eines Preises	336
2. Bereitstellung personenbezogener Daten durch den Verbraucher	337
3. Ausnahmen und Einschränkungen	337
IV. Allgemeine Grundsätze und Pflichten bei Verbraucherverträgen	338
1. Informationspflichten des Unternehmers	338
a) Telefonische Kontaktaufnahme	338
b) Informationspflichten im stationären Handel	338
2. Grenzen der Vereinbarung von Entgelten	340
V. Widerrufsrecht des Verbrauchers	341
1. Überblick	341
2. Gemeinsame Grundsätze des Widerrufs	342
a) Dogmatische Einordnung und Ausübung des Widerrufsrechts	342
b) Widerrufsfrist und Belehrung	343
c) Allgemeine Rechtsfolgen des Widerrufs	344
d) Widerruf nichtiger Verträge	345
e) Rechtsmissbrauch und Verwirkung des Widerrufsrechts	345
VI. Der Schutz des Verbrauchers bei verbundenen Verträgen	346
1. Verbundene Verträge	347
2. Widerrufsdurchgriff	348
a) Allgemeines	348
b) Zusammenhängende Verträge	349
3. Einwendungsdurchgriff	350
§ 42 Besondere Vertriebsformen, Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr und Verträge über digitale Produkte	352
I. Überblick	352
II. Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge (§ 312b)	352
1. Begriff der Geschäftsräume	352
2. Besondere Situation des Vertragsschlusses	353
a) Vertragsschluss außerhalb von Geschäftsräumen	353
b) Vertragsangebot des Verbrauchers außerhalb von Geschäftsräumen	354
c) Persönliches Ansprechen des Verbrauchers außerhalb von Geschäftsräumen	354
d) Vertragsschluss auf einem vom Unternehmer organisierten Ausflug	354
3. Handeln Dritter im Namen oder Auftrag des Unternehmers	354
4. Anwendbarkeit auf die Bürgschaft	355
III. Fernabsatzverträge (§ 312c)	356
IV. Informationspflichten des Unternehmers (§ 312d)	357
V. Widerrufsrecht des Verbrauchers	358
1. Ausnahmen vom Widerrufsrecht	358
2. Ausübung des Widerrufsrechts	360
3. Rechtsfolgen des Widerrufs (außer bei Verträgen über Finanzdienstleistungen)	361
a) Frist zur Rückgewähr	361
b) Modalitäten der Rückabwicklung	362

c) Kosten der Rücksendung	363
d) Ersatzpflicht des Verbrauchers für Wertverlust der Waren	363
e) Sonderfälle der Wertersatzpflicht des Verbrauchers	365
4. Rechtsfolgen des Widerrufs bei Verträgen über Finanzdienstleistungen	366
5. Ausschluss weitergehender Ansprüche und abweichender Vereinbarungen	368
VI. Kündigung von Dauerschuldverhältnissen bei Wechsel des Anbieters	368
VII. Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr	368
1. Allgemeine Pflichten des Unternehmers	368
2. Besondere Pflichten gegenüber Verbrauchern	369
3. Kündigung von Verbraucherverträgen im elektronischen Geschäftsverkehr	370
VIII. Online-Marktplätze	371
IX. Unzulässigkeit abweichender Vereinbarungen	372
X. Verträge über digitale Produkte	372
1. Überblick	372
2. Verbraucherverträge über digitale Produkte (Anwendungsbereich)	373
3. Bereitstellung digitaler Produkte	375
a) Dogmatische Einordnung	375
b) Leistungszeit	375
c) Begriff der Bereitstellung und Zeitpunkt der Erfüllung	375
4. Rechte des Verbrauchers bei unterbliebener Bereitstellung	376
5. Haftung des Unternehmers für Produkt- und Rechtsmängel	377
8. Teil. Schadensrecht	383
§ 43 Grundgedanken und Funktion des Schadensrechts	383
I. Die Funktion des Schadensersatzes	383
II. Der Grundsatz der Totalreparation	383
III. Die Bedeutung des kollektiven Schadensausgleichs	384
§ 44 Begriff und Arten des Schadens	386
I. Begriff	386
II. Vermögens- und Nichtvermögensschäden	386
III. Positives und negatives Interesse	388
§ 45 Verursachung und Zurechnung des Schadens	389
I. Grundlagen	389
1. Kausalität als Mindestvoraussetzung der Schadenszurechnung	389
2. Haftungsbegründende und haftungsausfüllende Kausalität	389
II. Naturwissenschaftlicher Verursachungsbegriff	390
1. Äquivalenztheorie	390
a) Grundsatz	390
b) Schwächen der <i>condicio sine qua non</i> -Formel	391
2. Lehre von der gesetzmäßigen Bedingung	392
III. Notwendigkeit einer normativen Einschränkung	392
IV. Kriterien der objektiven Zurechnung	393
1. Adäquanz	393
a) Das Urteil des optimalen Beurteilers	393
b) Kritik	393
2. Schutzzweck der Norm	394
V. Hypothetische Kausalität	396
1. Problemstellung	396
2. Schadensanlage	397
3. Ersatzpflicht eines Dritten	398
4. Die sonstigen Fälle	398
VI. Der Einwand des rechtmäßigen Alternativverhaltens	398
VII. Zurechnungsprobleme bei mittelbarer Kausalität	399
1. Schockschäden	399
2. Selbstschädigendes Verhalten (Herausforderungsfälle)	402
3. Drittvermittelte Kausalität (Herausforderung Dritter)	404
VIII. Vorteilsausgleichung	405
§ 46 Ersatzberechtigte Personen	407
I. Grundsatz	407

II. Ausnahmen	407
1. Ersatz der Beerdigungskosten (§ 844 I)	407
2. Ersatz des Unterhaltsschadens (§ 844 II)	408
3. Schadensersatz wegen entgangener Dienste (§ 845)	408
III. Abgrenzungen	408
IV. Drittschadensliquidation	409
1. Allgemeines	409
2. Fallgruppen	410
a) Obligatorische Gefahrentlastung	410
b) Mittelbare Stellvertretung	411
c) Treuhandverhältnisse	412
d) Obhut für fremde Sachen	412
e) Vertragliche Vereinbarung	413
§ 47 Art und Umfang des Schadensersatzes	413
I. Der Grundsatz der Naturalrestitution	413
1. Allgemeines	413
2. Schadensersatz in Geld statt Naturalrestitution durch den Schädiger	414
3. Die Dispositionsfreiheit des Geschädigten	415
a) Sachschäden	415
b) Körperschäden	416
II. Der Anspruch auf Entschädigung in Geld (Wertersatz)	416
1. Unmöglichkeit der Herstellung (§ 251 I Alt. 1)	417
2. Ungenügende Herstellung (§ 251 I Alt. 2)	417
3. Herstellung nur mit unverhältnismäßigem Aufwand (§ 251 II)	418
III. Entgangener Gewinn (§ 252)	422
§ 48 Der Ersatz immaterieller Schäden	422
I. Historische Entwicklung	422
II. Voraussetzungen des Schmerzensgeldanspruchs nach § 253 II	423
1. Verwirklichung eines haftungsbegründenden Tatbestands	423
2. Rechtsgutsverletzung	423
III. Bemessung des Schmerzensgelds	425
1. Die Funktion des Schmerzensgeldanspruchs	425
2. Schmerzensgeld bei vollständiger Zerstörung der Persönlichkeit	426
3. Orientierung am Maß der objektiven Lebensbeeinträchtigung	426
IV. Entschädigung in Geld bei Persönlichkeitsverletzungen	427
1. Grundlagen	427
2. Die Präventivfunktion der Entschädigung	427
§ 49 Grenzfälle	428
I. Verlust von Gebrauchsvorteilen	429
1. Problemstellung	429
2. Die Unterscheidung zwischen zentralen und sonstigen Gütern	430
3. Fühlbarkeit der Nutzungsbeeinträchtigung	431
4. Höhe des Anspruchs	431
5. Verlust von Gebrauchsvorteilen bei gewerblich genutzten Sachen	432
II. Fehlgeschlagene Aufwendungen	432
III. Ersatzfähigkeit von Vorsorgeaufwendungen	433
IV. Verlust oder Einschränkung der Arbeitskraft	434
V. Urlaub und Freizeit	435
1. Problemstellung	435
2. Der Kommerzialisierungsgedanke	435
3. Die Regelung des § 651 n II	435
4. Nutzlos vertane Freizeit	436
VI. Kindesunterhalt als Schaden	437
1. Geburt eines ungewollten Kindes (wrongful birth)	437
2. Geburt eines behinderten Kindes (wrongful life)	439
VII. Leidensbehaftetes Weiterleben als Schaden	440
§ 50 Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten	441
I. Allgemeines	441
1. Die Grundentscheidungen des § 254	441

a) Gleichbehandlungsgrundsatz	441
b) Quotenteilungsprinzip	442
2. Der Grundgedanke des Mitverschuldens	442
3. Bezugspunkt des Verschuldens in § 254	442
4. Anwendungsbereich des § 254	443
II. Voraussetzungen der Mitverantwortlichkeit	444
1. Überblick	444
2. Mitverantwortlichkeit für die Entstehung des Schadens	444
a) Mitverursachung eines eigenen Schadens	445
b) Obliegenheitsverletzung	445
c) Verschulden	446
d) Gefährdungshaftung des Geschädigten	446
3. Obliegenheit zur Schadensabwendung oder Schadensminderung	447
4. Warnung vor ungewöhnlich hohem Schaden	448
5. Verantwortlichkeit des Geschädigten für Dritte	449
III. Rechtsfolgen	450
IV. Handeln auf eigene Gefahr	451
1. Teilnahme an gefährlichen Fahrten	451
2. Teilnahme an gefährlichen Sportarten	452
3. Handeln auf eigene Gefahr und Gefährdungshaftung	452
9. Teil. Stellung der Beteiligten im Mehrpersonenverhältnis	455
§ 51 Der Vertrag zugunsten Dritter	455
I. Zweck	455
II. Abgrenzung zwischen echtem und unechtem Vertrag zugunsten Dritter	455
III. Dogmatische Einordnung	456
1. Kein eigener Vertragstyp	456
2. Durchbrechung des Vertragsprinzips	457
IV. Die Rechtsbeziehungen der Beteiligten	457
1. Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner (Deckungsverhältnis)	458
2. Das Verhältnis zwischen Gläubiger und Drittem (Valutaverhältnis)	458
3. Verhältnis zwischen Schuldner und Drittem (Vollzugsverhältnis)	459
a) Dogmatische Einordnung	459
b) Die Geltendmachung von Leistungsstörungenrechten	459
c) Einwendungen des Schuldners aus dem Deckungsverhältnis	460
V. Zeitpunkt des Rechtserwerbs	460
VI. Widerrufsrecht des Gläubigers	461
VII. Form des Vertrags zugunsten Dritter	462
VIII. Abgrenzung von verwandten Rechtsfiguren	462
1. Anweisung	463
2. Abtretung	463
3. Stellvertretung	463
4. Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte	464
IX. Verfügungen zugunsten Dritter	464
1. Dingliche Verfügungen zugunsten Dritter	464
2. Schuldrechtliche Verfügungsgeschäfte zugunsten Dritter	465
§ 52 Der Austausch des Gläubigers	466
I. Überblick	466
1. Problemstellung	466
2. Arten des Gläubigerwechsels	467
3. Anwendungsbereich der §§ 398ff.	467
II. Dogmatische Grundlagen der Abtretung	467
1. Struktur der Abtretung	467
2. Die Abtretung als Verfügungsgeschäft	468
3. Abgrenzungen	469
a) Vertragsübernahme	469
b) Einziehungsermächtigung	469
III. Voraussetzungen der Abtretung	470
1. Vertrag	470

2. Existenz der Forderung und Inhaberschaft des Zedenten	471
3. Bestimmbarkeit der Forderung	472
4. Übertragbarkeit der Forderung	473
a) Allgemeines	473
b) Ausschluss der Abtretbarkeit kraft Gesetzes	473
c) Vertragliches Abtretungsverbot	475
IV. Rechtsfolgen der Abtretung	476
1. Übergang der Forderung auf den Neugläubiger	476
2. Übergang von Sicherungs- und Vorzugsrechten	477
3. Pflichten des Altgläubigers	477
V. Der Schutz des Schuldners	478
1. Im Zeitpunkt der Abtretung begründete Einwendungen	478
a) Der Anwendungsbereich des § 404	478
b) Ausschluss von Einwendungen nach § 405	479
2. Einwendungen aus der Abtretung	480
3. Aufrechnung gegenüber dem neuen Gläubiger	480
a) Problemstellung	480
b) Entstehung der Aufrechnungslage vor der Abtretung	481
c) Entstehung der Aufrechnungslage nach der Abtretung	481
4. Der Schuldnerschutz nach §§ 407–410	483
a) Rechtsgeschäfte in Unkenntnis der Abtretung	483
b) Mehrfache Abtretung	484
c) Abtretungsanzeige	485
d) Leistungsverweigerungsrecht des Schuldners	486
VI. Spezifische Abtretungsmodelle	486
1. Sicherungszession	487
2. Inkassozeession	488
VII. Die Legalzeession	488
§ 53 Der Austausch des Schuldners	489
I. Überblick	489
II. Die privative Schuldübernahme	489
1. Voraussetzungen	489
a) Vertrag zwischen Gläubiger und Übernehmer (§ 414)	489
b) Vertrag zwischen Altschuldner und Übernehmer (§ 415)	490
c) Ausschluss der Schuldübernahme	491
2. Rechtsfolgen	492
a) Wechsel des Schuldners	492
b) Erlöschen von Sicherungsrechten	492
c) Einwendungen des Übernehmers	492
3. Abgrenzung zur Vertragsübernahme	494
III. Der Schuldbeitritt	494
1. Zulässigkeit und Voraussetzungen	494
2. Wirkungen des Schuldbeitritts	495
3. Abgrenzung zur Bürgschaft	495
§ 54 Mehrheiten von Gläubigern und Schuldern	496
I. Gläubigermehrheiten	496
1. Überblick	496
2. Teilgläubigerschaft	497
a) Voraussetzungen	497
b) Rechtsfolgen	498
3. Gesamtgläubigerschaft	498
a) Voraussetzungen	498
b) Rechtsfolgen	498
4. Mitgläubigerschaft	499
II. Schuldnermehrheiten	500
1. Teilschuld	500
a) Voraussetzungen	500
b) Rechtsfolgen	501

2. Gesamtschuld	501
a) Voraussetzungen	501
b) Wirkungen der Gesamtschuld im Außenverhältnis	504
c) Das Innenverhältnis zwischen den Schuldner	505
d) Gestörtes Gesamtschuldverhältnis	507
3. Gemeinschaftliche Schuldnerschaft	509
Anhang I: Das Leistungsstörungenrecht in der Fallbearbeitung	511
A. Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	511
I. Allgemeines	511
II. Der Anspruch auf einfachen Schadensersatz	512
III. Der Anspruch auf Ersatz des Verzögerungsschadens	514
IV. Schadensersatz statt der Leistung	515
V. Schadensersatz statt der ganzen Leistung	516
B. Schadensersatz wegen anfänglicher Unmöglichkeit	516
C. Leistungs- und Gegenleistungspflicht	518
D. Rücktritt	520
Anhang II: Rückabwicklung nach Widerruf gem. § 312g I	523
Paragrafenregister	527
Sachverzeichnis	537
Entscheidungsregister	549


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG